

Deutschland im Jahre 1935

Autor(en): **Wille, Gundalena**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **15 (1935-1936)**

Heft 10

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-158051>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Deutschland im Jahre 1935.

Von Gundalena Wille.

Das dritte Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland neigt sich seinem Ende zu. Manches hat sich im Laufe desselben ereignet, was die deutsche Entwicklung entscheidend beeinflusste und darum in einer rückschauenden Betrachtung der Erwähnung wert ist.

Im Großen gesehen kann man von einer fortschreitenden machtpolitischen Stabilisierung des nationalsozialistischen Regimes sprechen; es handelt sich heute in Deutschland wohl kaum mehr um die Frage, ob in der nächsten Zukunft mit dem Bestand der bisherigen oder mit dem Aufkommen irgend einer andern Staatsform gerechnet werden müsse; die Frage dreht sich wohl lediglich darum, welche Strömungen innerhalb des Nationalsozialismus sich auf die Dauer durchsetzen und so der deutschen Entwicklung die Richtung und das Gepräge geben werden. Wir sehen darin einen wichtigen Unterschied zum Jahr 1934. Damals schien manchem ein Umsturz von rechts, eine Restauration etwa auf dem Wege der Militärdiktatur durchaus im Bereich der Möglichkeit zu liegen. Die konservativen Kräfte schienen durch die Ereignisse vom 30. Juni 1934 so sehr an Boden gewonnen zu haben, daß sie in Zukunft ein entscheidendes Wort in der Entwicklung in Deutschland mitzusprechen hofften. Als ihre Truppe galt die Reichswehr, damals noch ein homogenes und schlagfertiges Korps, das letzten Endes die einzig wirkliche Macht verkörperte.

Hierin ist durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935 eine grundlegende Änderung eingetreten. Es ist müßig, sich heute Gedanken darüber zu machen, wie groß die Möglichkeiten für einen konservativen Umsturz in Deutschland gewesen seien. Denn selbst wenn alle Voraussetzungen dazu vorhanden gewesen wären und in der Führung der Reichswehr der Gedanke an die Errichtung einer Militärdiktatur tatsächlich ernstlich erwogen worden wäre — was unseres Wissens aber nicht der Fall ist —, mit dem 16. März 1935 ist diese Möglichkeit dahingefallen. Durch die Erweiterung der Reichswehr zum Heer hat sie ihre Bedeutung als innerpolitischer Machtfaktor verloren. Sie ist heute in einem Umwandlungsprozeß von großen Ausmaßen begriffen, der schwere organisatorische und militärische Anforderungen an die Führer und Unterführer stellt. Die Armee hat heute in Deutschland nur mehr wehrpolitische Aufgaben nach außen und soziologische, volkserzieherische nach innen zu erfüllen.

Diesen beiden Aufgaben, vorab der erstgenannten, widmet man an höchster Stelle außerordentliche Aufmerksamkeit. Die Wehrpolitik steht bei Hitler in Bezug auf die Vorgänge im Innern seit ungefähr einem Jahr im Vordergrund des Interesses. Die Auswirkungen dieser Bevorzugung sind es auch, die in erster Linie dem heutigen Deutschland das Gepräge geben. Die Uniformen der Wehrmacht beleben das Straßenbild und haben die braunen und schwarzen der nationalsozialistischen Parteilisten fast völlig verdrängt. Das Thema „Militärdienst“ hat mit einemmal in den Gesprächen der jungen Leute wieder den ersten Rang eingenommen. Alle Industrien, welche direkt oder indirekt für die Rüstung arbeiten, sind vollauf beschäftigt, sodaß auch auf diesem Wege für viele wieder Arbeit und Brot geschaffen worden ist. Hinzu kommt, daß durch die unzähligen Neueinstellungen in der Armee die Arbeitslosigkeit noch weiter zurückgegangen ist. Gleichzeitig ist das Gefühl der Wehrlosigkeit nach außen verschwunden. Man sieht sich in kürzester Zeit wieder im Besitz einer Militärmacht, die hinter denjenigen der Nachbarvölker nicht zurückzustehen braucht.

Hiermit berühren wir den Zusammenhang der Wehrpolitik mit der Außenpolitik. Die Wechselwirkung der beiden liegt auf der Hand. Die Außenpolitik als das allgemeine hat seit etwas mehr als einem Jahr über die Innenpolitik als das besondere die Oberhand gewonnen. Hierin stellen wir einen grundlegenden Unterschied zu den zwei ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft fest. Im Jahr 1933 wurde von Nichtnationalsozialisten immer wieder mit Sorge darauf hingewiesen, daß die Außenpolitik unter der Präponderanz der Innenpolitik zu leiden habe. Wie ein Kassandraruf ertönte, was Oswald Spengler im Frühjahr 1933 in seinen „Jahren der Entscheidung“ schrieb: „Ich sehe mit Bedenken, daß die Machtergreifung täglich mit so viel Lärm gefeiert wird. Es wäre richtiger, wir sparten das für einen Tag wirklicher und endgültiger Erfolge auf, das heißt außenpolitischer. Es gibt keine andern.“ Und mit der Außenpolitik war es damals schlecht bestellt. Man erinnere sich einmal an die allmählich fortschreitende Isolierung Deutschlands, die dann nach der Ermordung von Dollfuß ihren Höhepunkt erreichte, und an die täglich drohende Möglichkeit eines Präventivkrieges, der sich bei dem damaligen Stand der deutschen Rüstung zu einer vollständigen Niederlage hätte auswirken müssen. Die erste wirkliche Entspannung brachte dann der günstige Ausgang der Saarabstimmung am 13. Januar 1935, der wie ein gutes Omen für das eben angebrochene Jahr wirkte. Die Entspannung hielt etwa zwei Monate an, bis durch die Verkündung des Wehrgesetzes am 16. März noch einmal fast die ganze Welt in Wort und Schrift ihrer Entrüstung über den Vertragsbrecher Ausdruck gab. Aber zum Glück für Deutschland geschah auch damals nichts weiteres, und der Protest des Völkerbundes vermochte den Reichskanzler begreiflicherweise nicht einzuschüchtern. Auf der Konferenz von Stresa wurde die Isolierung des Deut-

ischen Reiches und die Mißbilligung seiner Politik durch die Westmächte noch einmal offenbar. Seither hat sich aber ganz allmählich der feindliche Ring um Deutschland gelockert. Die erste entscheidende Lücke riß das Zustandekommen des Flottenabkommens mit England am 18. Juni dieses Jahres. Der moralische Erfolg dieses Ereignisses ist vielleicht höher zu werten als der sachliche. Hat doch England mit dem Abschluß des Abkommens der Welt gezeigt, daß es für gut erachte, dem Vertragsbrecher vom März trotz allem die Hand zu einem neuen Vertrage zu reichen. Inzwischen hat der abessinische Konflikt das Interesse Aller auf sich gezogen, und seine Zuspizung ermöglicht Deutschland im Hintergrund verharrend seine Rüstungen ungestört zu vervollständigen, sodaß es eines Tages auf eine starke Militärmacht gestützt seine Forderungen auf ein entscheidendes Mitspracherecht in der Weltpolitik wirksamer als bisher wird vorbringen können.

Wenn man die heutige außenpolitische Situation Deutschlands mit derjenigen vor 12 oder gar vor 18 Monaten vergleicht, so muß man von einer entscheidenden Besserung sprechen. Deutschland steht heute außenpolitisch unerwartet günstig da. Manche, die in die staatsmännischen Fähigkeiten Hitlers kein großes Vertrauen haben, sagen mit skeptischem Achselzucken, er habe eben Glück gehabt. Daß dies mit im Spiele war, wird niemand leugnen wollen. Doch kann man hinzusetzen, daß Glück haben für einen Staatsmann nicht nur kein Fehler, sondern unter Umständen geradezu eine Notwendigkeit bedeutet. Friedrich der Große hat auch von seinen Generälen verlangt, daß sie Fortüne hätten.

Es ist heute keine Kleinigkeit, die Außenpolitik eines Landes erfolgreich zu führen. Hitler ist sich der Schwere dieser Aufgabe allem Anschein nach voll bewußt geworden. Deshalb hat er sich auch im Verlauf des letzten Jahres sozusagen ausschließlich damit beschäftigt. Alle, die mit dem Reichskanzler in nähere Berührung kamen, berichten davon, daß er jedes Interesse hinter dem einen allgemeinen der Außenpolitik zurückstelle. Daraus erklärt sich, daß so manches, das in Deutschland selber nach Besserung schreit, scheinbar unbeachtet der Willkür der Unterführer überlassen bleibt.

Es wäre falsch, zu verschweigen, daß im Innern manches im Argen liegt. Unter den gegebenen Umständen sind die Anforderungen, die an die zweite, dritte und vierte Garnitur der nationalsozialistischen Führer gestellt werden müßten, besonders hoch. Bei der Größe der Aufgaben, welche in dem fast alle Lebensgebiete erfassenden Umwandlungsprozeß in Deutschland an jeden einzelnen Verantwortlichen gestellt sind, müßte auch das Maß an Leistungsfähigkeit, an Können und Charakter derselben besonders groß sein. Daß dem nicht immer so ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Der Mangel an geeigneten Führerpersönlichkeiten ist wohl einer der Hauptgründe für die weitgreifende Unzufriedenheit vieler Bevölkerungsschichten. Eine grundlegende Besserung in dieser Beziehung

wird wohl auch nicht so bald möglich sein. Es besteht heute nach wie vor in Deutschland das Problem der Versorgung der „alten Kämpfer“ mit Posten womöglich im Staatsdienst. Sie bringt u. a. das bekannte „Schnüffeln“ nach politischer Vergangenheit, nach Gesinnungstüchtigkeit, nach Abstammung u. ä. mit sich. Dies wiederum ist eine der Ursachen jener weitverbreiteten Atmosphäre des Mißtrauens, die den Außenstehenden wie den Beteiligten immer wieder so unangenehm berührt. Dafür wird auch die Feststellung, daß es sich hier um eine altbekannte Begleiterscheinung diktatorischer Systeme handelt, kein zureichender Trost sein. Es ist schwer zu sagen, ob hier in absehbarer Zeit Abhilfe geschaffen werden kann, oder ob eine entscheidende Besserung erst dann eintreten wird, wenn eine neue Generation herangewachsen ist, bei der Parteibuch und politische Vergangenheit keine Rolle mehr zu spielen brauchen.

Mit der Erwähnung der Frage nach der Abstammung wird ein Punkt berührt, der neben der Wehr- und Außenpolitik für die Entwicklung im vergangenen Jahr besonders bezeichnend ist. Man kann ihn mit dem Ausdruck „integraler Antisemitismus“ bezeichnen. Dies ist vielleicht das einzige Gebiet, auf welchem überhaupt keine Konzessionen im Hinblick auf die Außenpolitik gemacht worden sind. Die antisemitische Tendenz ist im Gegenteil im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren noch viel stärker zur Auswirkung gekommen. Als deutlichstes Zeichen dienen dafür die Judengesetze vom Nürnberger Parteitag und die Berufung Julius Streichers nach Berlin und hiermit die offizielle Anerkennung der sog. Stürmermethoden. Durch diese letztgenannten hat man wohl versucht, den Antisemitismus aus einer Angelegenheit des kleinen Mittelstandes zu einer solchen der breiten Volksmasse, speziell des Proletariats zu machen. Streicher hat wahrscheinlich beabsichtigt, im Einverständnis mit der Regierung mittels seiner Methoden den Juden als den Schädling am Volksganzen und als den Exponenten eines ausbeuterischen, volksfeindlichen Privatkapitalismus zu brandmarken, um damit der murrenden, nach sozialer Verbesserung verlangenden Masse ein Ventil für ihre Unzufriedenheit zu öffnen. Da man aus zwingenden Gründen heute in keiner Weise an die tatsächliche Durchführung der immer wieder versprochenen Sozialisierung denken kann, sucht man noch einmal den Juden als Prügeljungen zu verwenden. Dazu sei noch bemerkt, daß nach Aussage aller der Antisemitismus bei Hitler einer fanatischen Überzeugung entspricht, gegen welche Vernunftgründe wenig auszurichten vermögen. Es ist nur die Frage, ob die Erfolge der antisemitischen Methoden nicht schon längst durch den Schaden, den sie speziell im Ausland angerichtet haben, aufgehoben werden. Diese Frage bleibt bestehen, auch wenn heute tatsächlich die Stürmerkästen und die aufdringlichen Aufschriften gegen die Juden verschwinden sollen, wie vor kurzem eine Meldung verlautete. Die Judenpolitik des Dritten Reiches ist wohl ein Vorgehen, an dessen Folgen Deutschland noch lange zu tragen haben wird, ganz abgesehen von jeder ethischen Wertung.

Die oben erwähnte soziale Unzufriedenheit hängt naturgemäß mit der wirtschaftlichen Situation des Dritten Reiches zusammen. Hiermit gelangen wir an eines der umstrittensten Themen, über das wohl wenige klar zu urteilen vermögen. Wir müssen uns deshalb auch hier mit Vermutungen und der Wiedergabe von gelegentlichen Eindrücken begnügen, deren Richtigkeit keineswegs verbürgt werden kann.

Vielleicht die auffallendsten Erscheinungen für eine Beurteilung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands sind einmal die außerordentliche Aktivität gewisser Industriezweige und der damit zusammenhängende Rückgang der Arbeitslosigkeit und zweitens der sich mehr und mehr bemerkbar machende Mangel an ausländischen Rohstoffen. Hinzu kommen für jeden täglich fühlbar die erhöhten Preise und die partiellen Ernährungsschwierigkeiten. Schließlich sollen noch als besonderes Merkmal die Spenden erwähnt werden, die der Staat neben den laufenden Steuern in Form von Eintopfsontagen, Straßenkollekten, gewissen Gehaltsabzügen u. ä. als „freiwillige Opfer“ von der Bevölkerung verlangt. Alle diese Erscheinungen sind direkte oder indirekte Folgen der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches, die kurz gesagt unter dem Motto betrieben wird: Verringerung der Auslandsschulden zu Lasten der Inlandsverschuldung und Aufkurbelung des Inlandmarktes zu Gunsten der Aufrüstung und der Arbeitsbeschaffung. Deutschland hat in den vergangenen drei Jahren seine Auslandsschuldung dank seiner rücksichtslosen Methoden um annähernd 20 Milliarden verringert, wogegen die Inlandsverschuldung wohl um etwa 15 Milliarden gestiegen ist: Man ist sich in Deutschland an maßgeblicher Stelle wohl bewußt, daß diese Methoden nicht ohne Risiko durchgeführt werden können und es ist schwer zu sagen, ob sie zu einem guten Ende führen werden. Dies hängt wohl in hohem Maße von der Entwicklung der Weltwirtschaft und der Weltpolitik überhaupt ab. Immerhin scheint die wirtschaftliche Situation Deutschlands trotz aller Schwierigkeiten nicht schlechter zu sein als in den meisten europäischen Staaten mit Ausnahme Englands. Vielleicht ist aber das Interessanteste an der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland die Tendenz zur Umkehrung des bisher allgemein gültigen Grundsatzes, daß die Wirtschaft die Politik bedinge. Denn nur die Anerkennung der Herrschaft der Politik über die Wirtschaft berechtigt zu den unverhältnismäßig hohen Ausgaben des deutschen Staates für die Aufrüstung.

Hier muß mit einigen Worten noch auf einen Gegensatz auf dem Gebiet der deutschen Wirtschaftspolitik hingewiesen werden, der sich im Lauf des vergangenen Jahres mehr und mehr verschärft hat. Es ist dies die Gegensatz zwischen dem Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten *Schacht* und dem Landwirtschaftsminister und Reichsbauernführer *Daré*. In diesen beiden Männern kommen mehr als persönliche Gegensätze zum Ausdruck, sie verkörpern vielmehr die Gegensätze zweier bestimmter Richtungen innerhalb der deutschen Bevölkerung, deren Bedeutung

nicht zu unterschätzen ist. Schacht vertritt bekanntermaßen weitgehend die Interessen der Privatwirtschaft. Um ihn sammeln sich die Vertreter der Industrie und alles, was aus sachlichen Gründen die Beibehaltung erprobter, überlieferter Wirtschaftsmethoden wünscht. Dazu gesellen sich alle diejenigen, welche in ihrer geistigen und sozialen Einstellung konservativ geblieben sind und eine geistige und materielle Sozialisierung nur widerwillig ertragen würden. Im übrigen verdankt Schacht seine Stellung nach wie vor dem weitgehenden Vertrauen Hitlers, welcher in ihm allem Anschein nach noch immer den fähigsten Lenker der deutschen Wirtschaft erblickt.

Dem gegenüber steht Darré auf der breiten Basis der nationalsozialistischen Partei, die in weitem Maße sozialistischen Ideen und Tendenzen huldigt. Er ist einer der Hauptträger der nationalsozialistischen Weltanschauung in ihren rassehygienischen Blut- und Bodentendenzen auf neuhaidnischer Grundlage. Seine Stoßtrupps sind in der Hauptsache die in den Reichsnährstand eingegliederte SS und große Teile der Hitlerjugend. In dem Organ „Das schwarze Korps“ ist in der letzten Zeit kaum verblümt Angriff auf Angriff gegen die Schacht'sche Politik vorgetragen worden. Darré und die breite Schar seiner Anhänger bekennen sich darin weitgehend zu staatssozialistischen Grundsätzen und laufen Sturm gegen das noch bestehende privatkapitalistische Wirtschaftssystem.

Die Frage liegt nahe, welche von diesen beiden Richtungen im Verlauf der kommenden Zeit die Oberhand gewinnen wird. Manche erwarten schon in Kurzem eine Entscheidung im einen oder im andern Sinne. Dies wird aber aller Voraussicht nach nicht so bald der Fall sein, erscheinen doch beide Teile in der heutigen Situation dem Reichskanzler unentbehrlich. Schacht muß aus rein praktischen wirtschaftspolitischen Gründen dank seines Könnens und seines Kredites im In- und Ausland seine Stellung behaupten. Er ist zwar mit seinen mäßigenden Vorschlägen für die Behandlung der Juden in der Wirtschaft nicht durchgedrungen. Dafür haben die heute bestehenden Ernährungsschwierigkeiten das Konto Darrés beträchtlich belastet. Aber auch dieser wird voraussichtlich in nächster Zukunft seinen Platz behaupten, als eine ausgesprochene Persönlichkeit aus Hitlers Umgebung und aus Prestige Gründen für die nationalsozialistische Ideologie. So wird wohl je nach der weltwirtschaftlichen Entwicklung die Tendenz in Deutschland nach rechts im privatwirtschaftlichen oder nach links im staatssozialistischen Sinne sich verstärken. Eine sichere Prognose zu stellen ist nicht möglich. Immerhin werden die sozialen Erziehungsprinzipien, welche in der Hitlerjugend, im Arbeitsdienst und z. T. auch schon im Heer zur Auswirkung kommen, nicht ohne Wirkung bleiben auf die Lebensform, welche sich die heranwachsende Generation wählen wird.

Manche erblicken in der da und dort immer wieder hervorbrechenden sozialen Unzufriedenheit der unteren Volksschichten ein bedenkliches Zeichen gegen den Nationalsozialismus. Doch scheint uns auch diese keine

Gefahr für seinen Bestand zu bedeuten. Die vorhandene Mißstimmung ist erklärlich, wenn man sich die Versprechungen vergegenwärtigt, die der Nationalsozialismus dem Arbeiter immer wieder gemacht hat und sie mit seiner tatsächlichen Lage vergleicht. Es geht dem deutschen Arbeiter im ganzen materiell kaum besser als vor der Machtergreifung. Zwar ist durch die Abnahme der Arbeitslosigkeit und durch das Aufhören der klassenkämpferischen Verheerung ein großer moralischer Druck von ihm genommen worden. Hingegen sind die Löhne trotz allem tief geblieben und die Preise sind in der letzten Zeit fühlbar gestiegen. Hinzu kommen die schon mehrfach erwähnten Ernährungsschwierigkeiten, die naturgemäß beim Proletariat besonders auf die Stimmung drücken. In gewissen Stadtteilen Berlins bieten die Butter- und Schlangestehenden Frauen und Kinder ein trübes Bild. Immerhin ist es eine verantwortungslose Übertreibung, diese Übelstände ernstlich mit der Hungersnot der beiden letzten Kriegsjahre vergleichen zu wollen, wie das in einer schweizerischen Zeitung kürzlich der Fall war.

Die Butterknappheit darf im übrigen auch nicht dem nationalsozialistischen Regime allein zur Last gelegt werden. Natürlich sind die unerprobte Landwirtschaftspolitik Darrés einerseits und die zur Genüge bekannte Devisenknappheit des Deutschen Reiches andererseits entscheidende Ursachen. Dazu kommt aber, daß durch die Trockenheit und die Futterarmut der beiden letzten Sommer in großen Teilen Deutschlands, aber auch in Holland und Skandinavien die Viehbestände beschränkt werden mußten, was zu einer natürlichen Teuerung der Milchprodukte geführt hat.

Zum Schluß sollen noch mit wenigen Worten die Auseinandersetzungen auf kultur- und kirchenpolitischem Gebiet gestreift werden, welche nach wie vor weite Kreise der gebildeten Schicht in Atem halten. Hier herrscht vielleicht noch mehr als auf andern Gebieten Unklarheit, weil man sich der Natur der Sache entsprechend in keinem Lager einig ist. Das vergangene Jahr brachte besonders in kirchenpolitischer Hinsicht manche Zuspitzungen, die sich zu einem grundsätzlichen Gegensatz zwischen den christlichen Kirchen beider Konfessionen und dem nationalsozialistischen Staat zu entwickeln drohten. Es ist aber hierin in der letzten Zeit eine wenigstens äußerliche Entspannung eingetreten. Immerhin scheinen die Probleme noch völlig ungelöst, und es wird hierin wie auf vielen andern Gebieten noch manchen Kampf kosten, bis einmal aus dem geistigen und weltanschaulichen Chaos eine Form erwächst, die den Ansprüchen genügt, welche man mit dem Begriff der deutschen Kultur verknüpfen möchte.

Zusammenfassend kann man sagen: Das Jahr 1935 steht für Deutschland unter dem Zeichen einer erfolgreichen Wehr- und Außenpolitik, in deren Schatten sich im Innern bei einer prinzipiellen machtpolitischen Stabilisierung ein geistiger und sozialer Umwandlungsprozeß weitervollzieht, von dem man nicht wissen kann, wann und wo er zum Stehen kommen wird.